

**Zeitschrift:** Freidenker [1956-2007]  
**Herausgeber:** Freidenker-Vereinigung der Schweiz  
**Band:** 60 (1977)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Vernehmlassung : zur Volksinitiative für Trennung von Staat und Kirche  
**Autor:** Bollinger, M. / Bossart, A.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-412431>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 10 66. Jahrgang

Aarau, Oktober 1977

Sie lesen in dieser Nummer...

Paulus — Der Stifter des Christentums

Ist die menschliche Seele unsterblich?

Frauenrecht

Ein Aertekongress über den  
Tabakmissbrauch

465

## Vernehmlassung

### zur Volksinitiative für Trennung von Staat und Kirche

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Herren,  
wir danken Ihnen für Ihre Einladung  
vom 31. März 1977 zur Vernehmlassung  
und nehmen zur Initiative wie  
folgt Stellung:

#### Ihre Frage 1

Die vorliegende Initiative bezweckt  
vor allem die Abschaffung der be-  
stimmten Glaubensgemeinschaften  
von den Kantonen eingeräumten Pri-  
vilgien. Da diese Bevorzugung zu  
den Grundideen der schweizerischen  
Rechts- und Sozialordnung eh und je  
in Widerspruch stand, beantragen  
wir **Zustimmung** zur Initiative.

#### Begründung

Es ist unbestritten, dass die in der  
grossen Mehrzahl der Kantone als  
Personen des öffentlichen Rechts an-  
erkannten Landeskirchen gegenüber  
anderen religiösen Körperschaften  
bzw. Weltanschauungsgruppen mas-  
siv privilegiert sind. Die Art dieser  
Privilegien, deren Kombination in den  
einzelnen Kantonen variieren mag, ist  
bekannt. Die Landeskirchen geniessen  
Steuer- und Gebührenfreiheit, sie  
üben Steuerhoheit aus und erhalten  
zum Teil noch aus allgemeinen Staats-  
mitteln erhebliche Zuwendungen sei-  
tens des jeweiligen Kantons.

Unbestritten ist auch, dass jedes Pri-  
vilieg grundsätzlich eine Rechtsun-  
gleichheit beinhaltet. Es gehört zum  
Wesen eines demokratischen Rechts-  
staates, dass er — zum Unterschied  
von einem Feudalstaat — jede Rechts-  
ungleichheit strikte vermeidet. Ver-  
schiedene Behandlung zweier Sachen  
ist nur zulässig, wenn sie ihrer Natur  
nach so verschieden sind, dass eine  
unterschiedliche Behandlung sachlich  
geboten ist.

Nun wird aber niemand behaupten  
wollen, dass sich die religiösen Be-  
dürfnisse konfessioneller Minderhei-  
ten grundsätzlich von jenen der aner-  
kannten Landeskirchen unterschei-  
den. Die Ausübung jedweder Religion  
ist — ungeachtet ihres intellektuellen  
Ueberbaus — eine Funktion der See-  
le oder (wie der Tiefenpsychologe C.  
G. Jung sagen würde) des kollektiven  
Unbewussten. Obwohl sich jede der  
bestehenden Religionen und Konfes-  
sionen als alleinige Trägerin der Wahr-  
heit versteht und bezeichnet, steht  
doch kein objektives Beweisverfahren  
zur Verfügung, das den Wahrheitsan-  
spruch der einen Glaubensrichtung  
gegenüber demjenigen anderer Be-  
kenntnisgemeinschaften bzw. Weltan-  
schauungsgruppen erhärten könnte.  
Aufgrund dieser Ueberlegungen ergibt  
sich zwingend, dass sich die Zuerken-  
nung eines öffentlich-rechtlichen Sta-

tus an die evangelisch-reformierte, die  
römisch-katholische und zum Teil  
auch an die christkatholische Kirche  
von der Sache her nicht begründen  
lässt und damit willkürlich ist. Das Ar-  
gument, die unterschiedliche Behand-  
lung lasse sich aus historischen Grün-  
den rechtfertigen, war unseres Erach-  
tens zu keiner Zeit zutreffend; es lässt  
sich aber erst recht nach den tiefgrei-  
fenden sozialen Veränderungen seit  
1874 unter keinem Titel mehr aufrecht  
erhalten.

Wie auch das Bundesgericht in der  
Begründung zu seinem Entscheid vom  
6. 10. 1976 (BGE 102 Ia 468 ff.) fest-  
stellte, hat sich das Verständnis der  
Kirchen im Lauf der Zeit gewandelt.  
In der Urteilsbegründung im erwähn-  
ten Fall findet sich folgende höchst-  
richterliche Erwägung: «Die anerkan-  
nten Landeskirchen, beziehungsweise  
ihre Kirchengemeinden werden wohl  
heute in weiten Kreisen der Bevölke-  
rung nicht mehr als Träger öffentli-  
cher Aufgaben und hoheitlicher Be-  
fugnisse betrachtet, die in ihrem Be-  
reich den politischen Gemeinden  
gleichzustellen wären, sondern eher  
als den privatrechtlichen Personen-  
verbänden ähnliche Körperschaften  
auf rein personeller Grundlage.»

Wenn nun das Bundesgericht erklärt,  
dass diese Aenderung des Verständ-  
nisses der Kirchen im schweizeri-  
schen Verfassungsrecht bis jetzt kei-  
nen Niederschlag gefunden habe, so  
ist darauf zu antworten, dass es heute  
ja gerade darum geht, die Verfassung  
diesen Realitäten anzupassen, was  
das Bundesgericht sinngemäss in sei-  
ner Entscheidung auch anregt. Im üb-

rigen wäre zu bemerken, dass nicht zuletzt die Spruchpraxis des Bundesgerichts selbst für das Zurückbleiben der Verfassungswirklichkeit hinter der gesellschaftlichen Realität verantwortlich ist (abgesehen von der ziemlich grosszügigen Gewährleistung gewisser Kantonsverfassungen durch die Bundesversammlung). Für die Frage, ob eine unterschiedliche Behandlung zweier Sachen, d. h. des Bekenntnis- und Zusammenschlussbedürfnisses der einen, heute noch privilegierten, und der anderen, nicht privilegierten religiösen bzw. Weltanschauungsgruppen noch tragbar ist, dafür kann nach unserer Auffassung nicht die — künstlich behinderte — Verfassungswirklichkeit in Bund und Kantonen massgebend sein, sondern einzig und allein die Wandlung der in Frage stehenden Sache selbst, also die Veränderung der zunehmend religiös indifferent gewordenen, heute pluralistischen Gesellschaft, die im Kult der kirchlichen Gemeinschaften mehr einen Service für bestimmte Gelegenheiten und ein nicht weiter verpflichtendes Brauchtum sieht. Dass die Mehrheit der Bevölkerung in den Landeskirchen kaum mehr territorial bestimmte, über hoheitliche Funktionen verfügende Gemeinwesen erblickt, dürfte unbestritten sein. Da sich somit die Unterschiede zwischen beiden Sachen, nämlich die Funktion der Landeskirchen einerseits und der übrigen religiösen Gruppierungen andererseits verwischt haben, besteht zumindest heute für eine ungleiche Behandlung kein zureichender Grund mehr. Diese ist vielmehr als willkürlich zu bezeichnen.

Die auf ihrem staatsrechtlichen Sonderstatus und ihrer starken finanziellen Stellung beruhende Ueberheblichkeit der Landeskirchen, die zum Teil selbst Nichtmitgliedern in die Tasche greifen und juristische Personen besteuern, die ihrem Wesen nach keiner Glaubensgemeinschaft angehören können (sie sind im Handels-, nicht im Taufregister eingetragen), ist für viele recht denkende Bürger heute ein Aergernis.

## **Ihre Frage 2 / Auswirkungen der Initiative**

### **a) rechtliche Auswirkungen**

Die unmittelbare Folge einer Annahme des Initiativbegehrens wäre die, dass die Landeskirchen ihre ungerechtfertigten Privilegien verlieren würden.

Verfassungs- und Gesetzesartikel auf Bundesebene, die von der Initiative mitbetroffen würden, müssten in der Folge auf dem üblichen gesetzgeberischen Weg aufgehoben bzw. geändert werden. Erst recht gilt dies für Verfassung und Gesetzgebung der Kantone sowie für die Kirchenverfassungen bzw. die vertraglichen Regelungen zwischen den Kantonen und den respektiven Konfessionsteilen.

### **b) finanzielle Auswirkungen**

Soweit die Kirchen bürgerliche bzw. soziale Funktionen ausüben, die der Gesellschaft tatsächlich dienen, besteht die adäquate Entschädigung nicht in einem Sonderstatut, sondern in **Subventionen**, die dann aber allen Konkurrenten gewährt werden müssten.

### **c) politische Auswirkungen**

Dass mit der Aberkennung der genannten Privilegien und mit dem zu erwartenden Rückgang der Einnahmen der Landeskirchen eine Minderung ihres politischen Gewichts (bzw. des Meinungsdrucks nach aussen hin) verbunden wäre, dürfte wohl angenommen werden. Diese Nebenwirkung einer Annahme der Initiative wäre zu begrüssen, denn es ist nicht Aufgabe der Kirchen, sich in einer aufdringlichen Weise in die Politik und die politische Meinungsbildung einzumischen, wie dies immer wieder vorgekommen ist.

### **d) soziale Auswirkungen**

Es steht fest, dass es nach Annahme der Initiative den Landeskirchen versagt sein wird, mit Mitteln, die sie vom Staat — und damit auch von ihren Gegnern — erhielten, christliche Nächstenliebe zu betreiben und sich damit ein Argument für ihre Unersetzlichkeit zu schaffen. Die sozialen Funktionen der Kirchen sollten so umfassend wie möglich vom Staat übernommen werden, wodurch sich der Finanzbedarf der Kirchen im gleichen Ausmass vermindern würde.

## **Ihre Frage 3 / Durchführbarkeit der Initiative**

### **a) rechtliche Durchführbarkeit**

Es ist nicht einzusehen, welche Gründe gegen die rechtliche Durchführbarkeit der Initiative genannt werden könnten. Eine vom Volk angenommene Initiative setzt neues Verfassungs-

recht, das widersprechende ältere Bestimmungen im Recht des Bundes und der Kantone derogiert.

### **b) faktische Durchführbarkeit**

Einer Verfassungsinitiative die faktische Durchführbarkeit abzuspüren, ist politisch nicht opportun. Es besteht auch kein Grund, die faktische Durchführbarkeit der vorliegenden Initiative in Zweifel zu ziehen. Gewiss ist zuzugeben, dass in einzelnen Kantonen die Verfilzung von Staat und Kirche so weit gediehen ist, dass eine Entflechtung gewisse Probleme aufwerfen würde. Soweit diese rechtlicher Natur sind, sind sie nach unserer Auffassung lösbar. Es ist zu bedenken, dass der Staat bzw. der Kanton souverän ist. Ihm steht das unabdingbare Recht zu, das vermögensrechtliche Verhältnis zwischen ihm und den bislang privilegierten Kirchen in eigener Machtvollkommenheit zu ordnen, wobei er frei entscheidet, ob und in welcher Weise bzw. in welchem Umfang die historische Entwicklung dieser Rechtsverhältnisse berücksichtigt werden soll (soweit allfällige historisch motivierte Forderungen nicht durch jahrzehntelange massive Zuwendungen des Kantons längst abgegolten sind). Bekennt man sich zu diesem Grundsatz, so verlieren die praktischen Probleme der Entflechtung viel von ihrem Gewicht.

### **c) zeitliche Durchführbarkeit**

Ob die Initiative zeitlich bzw. zeitgerecht durchgeführt werden kann, hängt weitgehend ab vom guten Willen der damit befassten Behörden in den betroffenen Kantonen. Wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg, dem allenfalls zustimmenden Volkswillen einigermassen zeitgerecht zu entsprechen. Und sollte es gleichwohl zu einem Zeitnotstand kommen, so müssten die Initianten wie das Stimmvolk sachbedingten Gründen Rechnung tragen, wozu sie gewiss bereit sein dürften.

Wir bitten Sie, diese unsere Stellungnahme mit in Erwägung zu ziehen und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung  
Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Der Präsident:  
M. Bollinger

Der Aktuar i. V.:  
A. Bossart